

2 Status quo: Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Das vorangegangene 1. Kapitel hat in das Thema dieser Arbeit eingeführt. Dabei wurde durch die Darstellung relevanter Gesetze auch ein erstes Verständnis davon begründet, welche strukturellen Zusammenhänge für die soziale Gruppe „Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland“ relevant sind. Das hier folgende Kapitel soll nun politische Regelungen und mit ihnen verbundene administrative Praxen mit besonderem Bezug auf Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus nachzeichnen (2.1.1). Weiterhin wird die diesbezügliche aktuelle gesellschaftliche Debatte um Kinderrechte und Kindeswohl für diese Kinder dargestellt (2.1.2). Nach der so vorgenommenen gesellschaftspolitischen Verortung des Themas wird der Stand der Veröffentlichungen sozialwissenschaftlicher Arbeiten zu Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus beleuchtet (2.2). In allen Unterkapiteln wird immer wieder auch die Situation von Jugendlichen einbezogen (vgl. 1.3.1 zur Trennung zwischen diesen Gruppen) und Kinder und Jugendliche werden unter die Kategorie der Minderjährigen subsumiert, da i. d. R. weder innerhalb der relevanten gesetzlichen Regelungen noch in den sozialwissenschaftlichen Arbeiten zwischen Kindern und Jugendlichen differenziert wird. Der eigene Kindheitsbegriff wird im 3. Kapitel dieser Arbeit genauer erörtert.

2.1 Regelungen und öffentliche Diskussion

2.1.1 Politische Regelungen und administrative Praxen

Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus, die mit ihren Eltern in Deutschland leben, sind direkt und indirekt von den im 1. Kapitel diskutierten Sondergesetzen (vgl. 1.2.3) betroffen: Sie werden etwa verpflichtet, gemeinsam mit ihren Eltern in den beengten Verhältnissen von sog. Gemeinschaftsunterkünften zu leben, und ihre Bewegungsfreiheit ist ggf. durch die Residenzpflicht eingeschränkt. Auch dadurch, dass ihr Aufenthaltsstatus i. d. R. von ihren Eltern abgeleitet wird sowie dadurch, dass Sozialleistungen an ihre Eltern ausgezahlt werden, sind Kinder, die mit ihren Eltern in Deutschland leben, sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Hinsicht vollkommen abhängig von diesen. Zusammenfassend werden diese Kinder im deutschen Recht

„in erster Linie als Anhang ihrer Eltern wahrgenommen und behandelt, nicht als eigenständige Persönlichkeiten und Träger eigener Rechte, mit ganz besonderen, kinderspezifischen Bedürfnissen.“ (Berthold 2014, S. 2014).

Unbegleitete Minderjährige und die besondere Relevanz ihres Alters

Für sog. unbegleitete Minderjährige wiederum, die ohne Personensorgeberechtigte nach Deutschland kommen, gelten eigene gesetzliche Regelungen. Ihnen müssen gesetzliche VormünderInnen zur Seite gestellt werden, die ihre Interessen vertreten sollen (vgl. BUMF 2010). Weiterhin sind die Jugendämter seit 2005 zur Inobhutnahme von unbegleiteten Minderjährigen verpflichtet (§42 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII). In sog. Clearinghäusern, in denen Kinder und Jugendliche ohne Personensorgeberechtigte untergebracht werden, soll im Rahmen eines sog. Clearingverfahrens u. a. geprüft werden, ob eine Familienzusammenführung möglich ist (vgl. Apitzsch 2010, S. 85f.). Viele derjenigen, die als unbegleitete Minderjährige in Deutschland ankommen, sind im Familienverbund aufgebrochen, wurden jedoch während der Flucht von ihren Familienmitgliedern getrennt (Berthold 2014, S. 13). Ist keine Familienzusammenführung möglich, soll im Clearingverfahren geklärt werden, ob eine Anschlussunterbringung und -finanzierung im Rahmen der Jugendhilfe vorgenommen werden muss und welche aufenthaltsrechtlichen Perspektiven bestehen (vgl. Apitzsch 2010, S. 85f.). Für die Dauer ihres Aufenthalts in den spezialisierten Einrichtungen der Clearinghäuser sollen unbegleitete Minderjährige altersangemessen betreut werden. In der Praxis werden sie allerdings auch immer wieder in den sog. Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, in denen sie keinen speziellen Beistand erhalten (vgl. ebd.). Dies hängt damit zusammen, dass bundesweit gar nicht ausreichend Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung stehen, in denen Clearingverfahren stattfinden können (vgl. National Coalition 2013, S. 3).²⁴

Da Minderjährigkeit aktuell jedoch zumindest theoretisch mit den skizzierten Privilegien wie der speziellen Unterbringung in Clearinghäusern und dem Bereitstellen von VormünderInnen verbunden ist, spielt das genaue Alter der Betroffenen eine große Rolle. Vor diesem Hintergrund werden die Altersangaben, die die Betroffenen machen, sehr häufig von den Behörden in Frage gezogen, selbst wenn Geburtsurkunden vorliegen (vgl. Apitzsch 2010, S. 85; National Coalition 2013, S. 3), und es wird entgegen von Selbstaussagen eine Volljährigkeit angenommen, sodass weniger Privilegien gewährt werden

24

Im Jahr 2015 wird ein Gesetzentwurf erwartet, der eine bundesweite Umverteilung von UMF ermöglicht soll, inzudezudem offenbar keine gesetzlichen Vorgaben seitens des Bundes zur Organisation der Aufnahme in den Ländern und keine vormundschaftliche Begleitung bis zur Verteilung vorgesehen sind, sodass die dargestellten Privilegien von unbegleiteten Minderjährigen bedroht sind (vgl. BUMF 2015, S. 1f.).

müssen. Mit dem erklärten Anspruch, das *wahre* Alter festzustellen, werden dann sog. Altersfeststellungen durchgeführt. Diese umfassen u. a. das Röntgen von Handwurzelknochen und Schlüsselbeinen bis hin zur sog. Inaugenscheinnahme, in deren Rahmen sich die Betroffenen nackt ausziehen müssen und z. B. auf ihre Schambehaarung hin untersucht werden (vgl. Dethloff und Neumann 2004). Mit solchen Verfahren wird unter Beteiligung von ÄrztInnen die Suggestion erzeugt, das jeweilige Alter ganz exakt feststellen zu können. Diese Praxen werden immer wieder von MedizinerInnen sowie einer breiteren Öffentlichkeit als Körperverletzung und medizinisch nicht haltbar kritisiert (vgl. z. B. Theilmann 2005, S. 67; Ärztetag 2007), jedoch weiterhin durchgeführt.

Zusammenfassend wird deutlich, welche besondere Relevanz die Unterscheidung zwischen minderjährigen und volljährigen Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus im deutschen Recht hat und dass einem biographischen Alter in diesem Zusammenhang somit höchste Bedeutung zugemessen wird. Um dieses Alter zu bestimmen, wird zu Verfahren gegriffen, die das genaue Alter des Körpers mit Bezug auf Normalitätsannahmen, die die kindliche Entwicklung naturalisieren, genau feststellen sollen. Diese Praxen sind entwürdigend für die Betroffenen, die zu Objekten von biologistischen Verfahren werden, anstatt dass ihren Angaben geglaubt würde. Mit Bezug auf die Kinderrechtskonvention (KRK) etwa lässt sich so kritisieren, dass eine reale aktive Partizipation für die Betroffenen an einem für sie entscheidend wichtigen Verfahren hier gar nicht möglich ist. Vielmehr wäre es angesichts des Zwangscharakters der Prozesse zynisch, von einer Beteiligung zu sprechen. Die Konsequenzen, die aus den sog. Feststellungen gezogen werden, sind juristisch konstruierte „altersangemessene“ Maßnahmen.

Der Zugang zu institutionalisierter Bildung für Kinder und Jugendliche mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Mit Blick auf die Bildungsmöglichkeiten von begleiteten und unbegleiteten Kindern und Jugendliche mit unsicheren Aufenthaltsstatus (vgl. 1.4) lässt sich konstatieren, dass sie schul- und ausbildungsspezifisch lange nicht berücksichtigt bzw. ausgegrenzt wurden. Aktuell gibt es allerdings bedeutende Lockerungen im institutionalisierten Bildungsbereich.

So mussten noch bis zum Sommer 2011 sämtliche öffentliche Stellen den Ausländerbehörden nach §87 Abs. 2 AufenthG Meldung erstatten, wenn sie von dem Aufenthalt von Menschen ohne Papieren in Deutschland Kenntnis erlangen. Für illegalisierte Kinder und Jugendliche bedeutete dies auch, dass sie nur dann eine Schule besuchen konnten, wenn ihre Familien das Risiko eingingen, abgeschoben zu werden, sobald LehrerInnen erfuhren, dass sie keine Papiere hatten. Lehrkräfte, die der Meldepflicht nicht nachkamen, machten sich strafbar (vgl. Innenausschuss 2011, S. 8f.). Seit dem Sommer 2011 nun sind Schulen

sowie weitere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen von der Meldepflicht ausgenommen. (vgl. ebd., S. 2)

Nach und nach wurde zudem auch der Zugang von Jugendlichen mit unsicheren Aufenthaltsstatus zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleichtert. Ab 2009 konnten etwa Jugendliche mit einer Duldung, die seit mindestens einem Jahr in Deutschland lebten, grundsätzlich eine Ausbildung beginnen (vgl. Apitzsch 2010, S. 89). Seit der Neuregelung der Beschäftigungsverordnung (BeschV) im Juli 2013 dürfen Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung generell einen Ausbildungsplatz antreten (§32 Abs. 2 BeschV).

Diese Neuerungen sind in ihrer spezifischen Einbettung zu sehen. So führte 2008 etwa Baden-Württemberg als letztes deutsches Bundesland die Schulpflicht auch für Kinder mit Aufenthaltsgestattungen und Duldungen ein; vor dem Prozess von bundesweiten sukzessiven Schulpflichteinführungen oblag es den Betroffenen bzw. ihren Eltern selbst, ob sie eine Schule besuchten oder nicht.

Der Zugang von Kindern und Jugendlichen mit unsicheren Aufenthaltsstatus zu Bildungseinrichtungen wurde also immer weiter verbessert, was im Zusammenhang mit dem Engagement von AktivistInnen, Lobbyorganisationen und weiteren UnterstützerInnen zu sehen ist. In Verbindung mit der Festsetzung von Kindern und Jugendlichen mit unsicheren Aufenthaltsstatus als schulpflichtig lassen sich diese Neuerungen aber auch als Hinweis darauf verstehen, dass auch diese Gruppe im „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Köppe 2004, S. 325) im Rahmen eines internationalen „Wettbewerbs um die besten Köpfe“ (ibd., S. 333) als Humankapital entdeckt wird. Ihre stärkere Einbindung in das deutsche Bildungssystem ist gleichzeitig im Zusammenhang mit der rechtlichen Diskriminierung von MigrantInnen im „nationalen Wettbewerbsstaat“ zu sehen (vgl. ebd., S. 325; vgl. auch Mohr 2005). Auch in einer aktuellen Expertise zu Minderjährigen mit unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland (Berthold 2014) wird betont: „die grundlegende Problemlage besteht weiter: Schulbildung und Ausbildung sind abhängig vom Aufenthaltsstatus und nicht vom Wunsch zu lernen.“ (S. 50)

2.1.2 Die Debatte um Kinderrechte und Kindeswohl für Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Öffentlich diskutiert wird die Situation von Kindern und Jugendlichen mit unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland durchaus umfassend, wenn auch oftmals nicht öffentlichkeitswirksam.

Dabei lässt sich im Grunde sagen, dass, wann immer die gesetzesbasierte Diskriminierung dieser Gruppe kritisiert werden soll, dies mit Bezug auf die UN-Kinderrechtskonvention (KRK) vom 20.11.1989 geschieht, die auch im Rahmen der Einleitung in diese Arbeit schon für ein erstes Kindheitsverständnis herangezogen wurde (vgl. 1.3.1). Dieses Dokument wurde bislang von allen

Staaten mit Ausnahme von den USA ratifiziert und findet somit die höchste offizielle internationale Akzeptanz aller Menschenrechtsverträge (vgl. Lorz 2010, S. 14).

Wie bereits erwähnt, wird der Begriff „Kinder“ in der Konvention dabei gleichbedeutend mit „Minderjährige“ nach geltendem Recht verwendet (vgl. 1.3.1). Analog hierzu ist in der Diskussion ganz überwiegend von „Kinderflüchtlingen“ oder „Flüchtlingskindern“ die Rede, auf die die Konvention anzuwenden sei. Dass „Jugendliche“ nicht als solche benannt werden, ist sicher auch dem Zusammenhang geschuldet, dass „Kinder als schwächste Betroffene [...] seit jeher sowohl Verantwortungsbewusstsein als auch Emotionen“ wecken (Theilmann 2005, S. 73; vgl. auch 1.3.1), und dies ist bei „Jugendlichen“ nicht so unmittelbar der Fall – die Rede von „Kinderflüchtlingen“ oder „Flüchtlingskindern“, wenn Minderjährige gemeint sind, ist also zweckdienlich für die Lobbyarbeit.

Artikel 22 der Kinderrechtskonvention befasst sich dabei explizit mit Kindern, die „die Rechtsstellung eines Flüchtlings [begehren] oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling[e] angesehen“ werden (KRK Art. 22). Hier werden zumindest Minderjährigen mit den Status von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen²⁵ Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zugesichert, unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Personensorgeberechtigte eingereist sind. Sollte dies nötig sein, soll weiterhin eine Familienzusammenführung angestrebt werden.

Politische VertreterInnen Deutschlands waren unter den ersten UnterzeichnerInnen der Konvention, wenn auch die Ratifizierung in Deutschland erst 1992 erfolgte. Gleichzeitig wurde von der deutschen Bundesregierung allerdings eine sog. „Denkschrift“ abgegeben, in denen vielen der in der Konvention festgelegten Rechten widersprochen wurde (vgl. etwa National Coalition 2000, S. 28). Diese Erklärung umfasst unter anderem die folgende Formulierung:

„Zu Artikel 2, Artikel 7 Abs. 2, Artikel 9, 10, 22 und 28 des Übereinkommens:
Nichts in dem Übereinkommen kann dahin ausgelegt werden, dass die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahingehend ausgelegt werden, dass sie das Recht der Bundesrepublik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen Über (sic!) die Einreise von Ausländern und die

25

Ob auch etwa Minderjährige mit Duldungen einbezogen sind, scheint eine Definitionsfrage zu sein; offiziell wurde ihr Rechtsbegehren in Deutschland bereits abgelehnt. In der Debatte für Kinderrechte wird dieser Umstand, wohl aus strategischen Gründen, in der Regel nicht erwähnt und auch Illegalisierte werden einbezogen.

Bedingungen ihres Aufenthaltes zu erlassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.“ (Bundesregierung 1990, S. 5)

Hier werden Menschen, die nach Deutschland flüchten, explizit als „widerrechtlich einreisend“ kriminalisiert²⁶ und die restriktive Migrationspolitik Deutschlands sowie die gesetzesbasierte Diskriminierung von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus werden bekräftigt. So wurden durch diese Erklärung faktisch zentrale Ideen der Kinderrechtskonvention schon im Moment der Ratifikation für ungültig erklärt, was auch im Zusammenhang zum sog. „Asylkompromiss“ zu sehen ist (vgl. 1.2.3).

Seit ihrem Erscheinen wurde diese Erklärung unter dem Schlagwort der „Vorbehaltserklärung“, u. a. von Menschenrechtsorganisationen, den Kirchen und Lobbyarbeitbetreibenden für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus, massiv kritisiert. Eine maßgebliche Rolle übernahm dabei die 1995 gegründete „National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“, der zuletzt mehr als 100 Organisationen, Initiativen und Verbände angehörten (vgl. z. B. National Coalition 2000). In der Kritik wird insgesamt häufig auf Artikel 3 der Kinderrechtskonvention verwiesen, der eine Vorrangigkeit des Kindeswohls bei „allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden,“ postuliert. Nach diesem Vorrangsprinzip, so wird argumentiert, müsse das Wohl des Kindes auch über der Asylgesetzgebung stehen.

Mit dem Kindeswohl (oder den „best interests of the child“ im englischen Wortlaut der Konvention) findet also ein unbestimmter Rechtsbegriff Eingang in die Debatte, der sich implizit auf pädagogische und psychologische Annahmen dazu, was Kinder brauchen, stützt. Für die Lobbyarbeit wird er wohl deshalb gerne verwendet, weil gesamtgesellschaftlich ein hoher Konsens darüber besteht, dass das Wohlergehen von Kindern höchste Wichtigkeit hat; in seiner Unbestimmtheit bietet der Kindeswohlbegriff die Möglichkeit, strategische Auslegungen vorzunehmen (vgl. exemplarisch für die Diskussion: DRK und BUMF 2010; Kindler 2014). In diesem Kontext wird auch die weitgehend unhinterfragte Annahme kindlicher Vulnerabilität (vgl. 1.3.1) für die Argumentation genutzt, dass „Kinderflüchtlinge“ und „Flüchtlingskinder“ besonders schutzbedürftig seien und deshalb eine moralische Verantwortung bestehe, sie zu schützen (vgl. exemplarisch UNHCR o. J.).

26

Da die Möglichkeiten für Nicht-EU-BürgerInnen, legal nach Deutschland einzureisen, sehr begrenzt sind, reisen faktisch die meisten Menschen zunächst ohne Erlaubnis ein und melden sich daraufhin asylsuchend (vgl. Duchrow/ Spieß 2005, S. 198), wodurch sich ihr Aufenthalt nachträglich legalisiert.

In der Reaktion auf die Kritik zog die deutsche Bundesregierung die Vorbehaltserklärung schließlich zurück, wenn auch erst mit völkerrechtlicher Wirkung zum 15.07.2010. Konsequenterweise müssten die in der Kinderrechtskonvention formulierten Rechte offiziell seitdem auch für Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus, zumindest aber für AsylbewerberInnen, als gültig erklärt werden. Allerdings wird im 2013 geschlossenen Koalitionsvertrag zwar formuliert, dass die Konvention auch auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge anzuwenden sei; die weitaus größere Gruppe der Minderjährigen, die mit ihren Eltern in Deutschland leben, wird aber nicht erwähnt (vgl. Berthold 2014, S. 14). Von KritikerInnen wird darüber hinaus kritisch angemahnt, dass eine Gleichberechtigung faktisch, entgegen offizieller Beteuerungen, nicht durchgesetzt ist:

„Die Interessen der Flüchtlingskinder in Deutschland werden von Politik, (Zivil-)Gesellschaft und Verwaltungen oft nicht beachtet. Sei es im Asylverfahren, bei der Unterbringung, bei der Schulbildung oder im Kontext einer möglichen aufenthalts- oder sozialrechtlichen Beratung: Die Interessen der Kinder, das Kindeswohl spielen eine nachrangige Rolle.“ (ebd., S. 16)

2.2 Sozialwissenschaftliche Arbeiten

Vorwegnehmend lässt sich sagen, dass die rechtliche Marginalisierung von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland durch ihre mangelnde Repräsentation in der sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungslandschaft perpetuiert wird.²⁷

2.2.1 Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Bereits zum allgemeineren Thema „Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus“ finden sich v. a. Veröffentlichungen aus der juristischen oder sozialarbeiterisch und psychologisch unterstützenden Praxis, die dezidiert kritische Situationsbeschreibungen mit Forderungen nach Veränderungen der asylrechtlichen Rahmenbedingungen verbinden (vgl. Täubig 2009, S. 76). Hinzu kommen Positionspapiere und Stellungnahmen mit unterstützendem Impetus, die verfasst sind von Lobby- und Interessenverbänden von Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus (wie „Pro Asyl“, dem „Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge“ und den bundeslandspezifischen Flüchtlingsräten),

²⁷

Dies lässt sich auch für internationale Zusammenhänge konstatieren (vgl. etwa Chatty et al. 2005); da im Rahmen dieser Arbeit jedoch die Lebenssituationen der betroffenen Kinder in Deutschland untersucht werden, werden im Folgenden auch die Arbeiten aus Deutschland fokussiert.

AkteurInnen aus Regierung und Opposition sowie kleineren und größeren Verbänden, unabhängigen Vereinen (wie „terre des hommes“ und dem „Kinderschutzbund“) und Arbeitskreisen aus den Bereichen der Wohlfahrtspflege, der Kirchen und der kommunalen und überregionalen Verwaltung; häufig haben die Schriften einen Lokalbezug. So divers die AkteurInnen in diesem Kontext sind, so heterogen sind auch die Argumentationslinien, Problem Diagnosen und Forderungen sowie der Stil der Papiere, der etwa zwischen emotional, moralisierend, aggressiv und dezidiert sachlich-argumentativ changiert. Verbindend ist das zugrundeliegende Anliegen, rechtliche sowie lebensweltliche Verbesserungen für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus zu fordern.

Obwohl sich also durchaus viele Stimmen finden, die die Lebenssituationen von Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus thematisieren und kritisieren, findet dieses Thema im dezidiert wissenschaftlichen Kontext wenig Beachtung. Fluchtmigration ist insgesamt eher Gegenstand von Menschenrechtsdebatten sowie juristischer und politikwissenschaftlicher Analysen (vgl. Scherschel 2008, S. 81) oder von Arbeiten zu den Themen psychische Belastungen und Traumata (vgl. Johansson 2014, Abs. 10). Es fehlen v. a. fundierte empirische sozialwissenschaftliche Arbeiten, die Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus als Zielgruppe von Forschung fokussieren und ihre Lebenssituation in Deutschland theoriegeleitet bzw. –generierend untersuchen (vgl. Seukwa 2007, S. 2) sowie die Kritik ihrer Situation mit einem theoretischen Ansatz verbinden. Louis Henri Seukwa (ebd.) konstatiert hier einen niedrigen symbolischen Wert von Forschung zu Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus (vgl. S. 1), was auch dazu in Bezug gesetzt werden kann, dass es durchaus wissenschaftliche Analysen zum Thema gibt, diese aber vielfach Abschlussarbeiten von HochschulabsolventInnen sind.

Einschlägige Ausnahmen stellen etwa Tobias Piepers (2008) Analyse der Unterbringung von Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus in sog. Gemeinschaftsunterkünften dar, die Pieper als „Lagerstruktur“ benennt und als Ausdruck von institutionellem Rassismus untersucht, sowie Vicki Täubig (2009) Analyse der Lebensführung von AsylbewerberInnen und „Geduldeten“ innerhalb der organisierten Desintegration, wie sie es nennt, mit Bezug auf Erving Goffmans Figur der totalen Institution.

2.2.2 Kinder und Jugendliche mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Sozialwissenschaftliche Arbeiten, die dezidiert Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus in den Blick nehmen, sind besonders rar (vgl. auch Johansson 2014, Abs. 9). Deshalb ist die 2003 im Rahmen einer Expertise veröffentlichte Einschätzung immer noch aktuell, dass umfangreiche sozialwissenschaftliche Studien u. a. zu Lebenslagen von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus (in der Expertise werden sie „Flüchtlingskinder“ genannt) verfasst werden sollten,

die auch die Wahrnehmung der Betroffenen mit einbeziehen (Klingelhöfer und Rieker 2003; vgl. auch Johansson 2014, Abs. 10).

Geraten die Lebenssituationen von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus überhaupt in den Blick, so findet häufig eine Konzentration auf die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge statt, während Kinder, die mit ihren Eltern oder sonstigen Sorgeberechtigten in Deutschland leben, in diesem Kontext besonders vernachlässigt werden. So, konstatiert Gisela Apitzsch (2010),

„ist festzustellen, dass innerhalb der pädagogischen Forschung den Lebensumständen von Kinderflüchtlings eher ein höheres Interesse entgegengebracht zu werden scheint, als denjenigen von Jungen und Mädchen, die der sehr viel größeren Gruppe der Flüchtlingskinder angehören.“ (S. 87f.)

Diese Beobachtung lässt sich auf die sozialwissenschaftliche Veröffentlichungslandschaft insgesamt ausweiten, wie auch durch die folgende Vorstellung relevanter Arbeiten in diesem Kontext deutlich wird.

Hier wird, mit begründeten Ausnahmen, ein Fokus auf Arbeiten ab etwa dem Jahr 2000 gelegt. Veröffentlichungen aus früheren Jahren sind häufig in einem dermaßen kulturalisierenden und defizitorientierten bis hin zu einem menschenverachtenden Modus verfasst, dass sie keine Anknüpfungspunkte für eine kritische Auseinandersetzung mit der strukturellen Diskriminierung von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland bieten, da der Zugang ein grundlegend anderer ist.²⁸ Gleichzeitig werden hier dezidiert psychologisch-psychotherapeutische Arbeiten, die häufig Schwerpunkte auf Traumata und ihre

28

Besonders deutlich wird dies etwa bei der Lektüre von Elisabeth Petersens „Kinder auf der Flucht“ (1993). Petersen (ebd.) vertritt die Auffassung, dass Kinder, die in der Hoffnung auf bessere Lebensstandards nach Deutschland kämen, „zurückgeführt“ werden sollten (S. 14); andererseits argumentiert sie, die Förderung von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland sei vor dem Hintergrund eines volkswirtschaftlichen Nutzens für Deutschland ein sinnvoller Einsatz von Geldern für Entwicklungshilfe (vgl. ebd., S. 16). Ein solcher nutzenorientierter bzw. ökonomistischer Zugriff auf diese Kinder ist nicht anschlussfähig an die im Rahmen dieser Arbeit vertretene Idee, dass sie als Subjekte der Gerechtigkeit gelten sollten (vgl. 1.4). Petersen zeigt überdies einen sehr defizitorientierten anstatt eines ungleichheitssensiblen Zugang zu den von ihr interviewten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit unsicheren Aufenthaltsstatus. So sieht sie die sprachliche Überarbeitung ihrer Aussagen für ihre Arbeit etwa als „durchweg unumgänglich“, da „[k]einer der Befragten in seiner Muttersprache Rede und Antwort stehen“ konnte und viele Aussagen deshalb „unbeholten, hölzern und wenig lebendig“ erschienen (Petersen 1993, S. 39). Sprachliche Differenz wird so zu einem Manko der von ihr Befragten, das sie durch einen korrigierenden Akt für ihre deutsche LeserInnenenschaft etwas abmildert. Aus rassismuskritischer Hinsicht ist Petersens positive Deutung des Umstandes besonders erschreckend und zynisch, dass eine ihrer Interviewpartnerinnen es „akzeptieren lerne“, dass eine rassistische Beschimpfung nicht beleidigend gemeint sei (vgl. ebd., S. 133).

Auswirkungen von sog. Flüchtlingskindern legen (vgl. genauer etwa Kindler 2014), zugunsten derjenigen Arbeiten weitgehend ausgeklammert, die einen umfassenderen Blick auf die Lebenslagen der Betroffenen haben.

Expertisen

Es liegen durchaus einige Expertisen zu den Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen mit unsicheren Aufenthaltsstatus vor, die das noch recht unerforschte Feld zu verschiedenen Zeitpunkten erkunden. Informationsquellen für diese bilden v. a. ExpertInnengespräche; eine neuere Arbeit (Johansson 2014) nimmt eine Meta-Analyse bestehender Literatur vor. An diese Arbeiten schließt jedoch wenig Forschung an, sodass das im Rahmen der Sondierungen gewonnene Wissen kaum für die Empirie genutzt wird.

Im Rahmen des Kinder- und Jugendberichts etwa gerieten Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus erstmalig 1999 in den Blick; dem 10. Kinder- und Jugendbericht wurde eine Expertise zu „Kindern aus asylsuchenden und Flüchtlingsfamilien“ hinzugefügt, die allerdings „aus Gründen der Prioritätensetzung“ in denselben „nicht integriert werden“ konnte (Holzapfel 1999, S. 59). In der Expertise werden unterschiedliche Lebensbereiche von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus vorgestellt, etwa ihre materielle Lage, Wohnbedingungen, der Zugang zu Kindergarten, Schulen und Vereinen und ihre gesundheitliche Situation. Ein eigenes Kapitel ist der Rechtslage und den Lebenssituationen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gewidmet.

Diese Expertise kann neben ihrem sondierenden Nutzen aber auch als symptomatisch für einen kulturalisierenden Zugang zu den Lebenssituationen von Kindern mit unsicheren Aufenthaltsstatus betrachtet werden. Renate Holzapfel behandelt hier etwa Themen wie „Sprachbewahrung und Sprachverlust“, wobei sog. „Sprachstörungen“ als problematisch für die Identitätsentwicklung verhandelt werden, und proklamiert, dass die Kinder ggf. unter „Kulturschocks“ leiden würden. Kultur wird somit als „monolithischer Block“ verstanden (Diehm 1999, S. 184) und es wird gemäß des verbreiteten Bildes von MigrantInnen „als ‚Opfer‘ des Migrationsprozesses“ (ebd., S. 186) von der Idee ausgegangen, dass Kinder mit unsicheren Aufenthaltsstatus sich zwischen den zwei Kulturen ihres Herkunfts- und Deutschlands befänden und dies mit erheblichen Problemen für ihre Identität und Lebenssituationen einhergehe. Durch diese Kulturalisierungen findet immer auch eine Entpolitisierung ihrer strukturellen Diskriminierung statt.

Einen nicht kulturalisierenden und stattdessen in anderem Sinne problematisierenden Zugang bietet dagegen Steffen Angenendts im Jahr 2000 im Auftrag des Deutschen Komitees für UNICEF veröffentlichte Expertise zu „minderjährigen Flüchtlingen“, worunter hier in einem breiteren Zugang als bei Holzapfel minderjährige AsylbewerberInnen, anerkannte Flüchtlinge und Minderjährige

Strukturelle Diskriminierung von Kindern mit unsicheren
Aufenthaltsstatus

Subjekte der Gerechtigkeit zwischen Fremd- und
Selbstpositionierungen

Eisenhuth, F.

2015, XIV, 297 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09847-6